Morgen-Ausgabe
Nr. 402 67. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Donnerstag, 28. August 1919.

Die Milchversorgung Groß-Berlins.

Einschränkung der Verbutterung.

Die Klagen über die unzureichende Versorgung der Großstädte, besonders Groß-Berlins, mit Milch wollen nicht verstummen. Noch schlimmer als die augenblicklichen Beschwerden sind aber die Befürchtungen, die man für den kommenden Winter haben muß. Der Kohlenmangel und die damit verbundene Verkehrsnot lassen die Aussichten für die Milchversorgung im Winter in besonders trübem Lichte erscheinen. Oberregierungsrat Groth von der „Reichsstelle für Gemüse und Obst“ hielt gestern vor Vertretern der Presse einen Vortrag über die Milchversorgung Groß-Berlins, dem wir folgendes entnehmen:

Der festgesetzte Vollmilchbedarf Groß-Berlins beträgt pro Tag rund 3 300 000 Liter. Von den Groß-Berliner Milchwirtschaften werden rund 30 bis 40 000 Liter produziert, so daß 360 bis 370 000 Liter eingeführt werden müssen. Die augenblickliche Einfuhr nach Groß-Berlin beläuft sich aber nur auf 230- bis 240 000 Liter. Im Herbst und Winter vermindert sich die Milchzufuhr wegen des fortschreitenden Weideganges und der ungünstigen Futterverhältnisse. Es gilt sich daher die dringende Notwendigkeit, auf andere Weise Ersatz zu schaffen. Es ist zu diesem Zweck eine Aktion zur Verbesserung der Groß-Berliner Milchversorgung in der Weise in Aussicht genommen worden, daß die bisher noch in den Molkereien und Gemeinden durchgeführte Verbutterung zugunsten der Vollmilchbelieferung eingeschränkt oder gänzlich eingestellt wird. Die preußische Landesfettstelle hat im Einvernehmen mit der Fettstelle Groß-Berlin in einer Reihe von Kreisen der Provinz Brandenburg, Mecklenburg und Pommern festgestellen lassen, wo solche Milchmengen freigemacht werden können. Die Umstellung läßt sich aus verschiedenen Gründen nicht so vornehmen, daß in der gesamte Verbutterung in dem Bezirk eingestellt und dafür Vollmilch nach Berlin geliefert wird. In gewissem Umfange muß den Landwirten Magermilch belassen werden. Bisher ist es gelungen, freigesetzt etwa 50000 Liter Milch freizumachen. Man darf nun rechnen, daß etwa 90 bis 100 000 Liter Mehrmilchlieferung in Betracht kommen.

Um die Erfassung der Milch auf dem Lande durchzuführen, hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg angeordnet, daß gleichzeitig mit der Preiserhöhung alle Dienststellen mit aller Energie darauf hinzuwirken haben, daß überall da, wo die Erfassung noch nicht voll ausgedeutet ist, die Organisation der Milchlieferung nach Berlin möglichst gefördert wird. Außerdem werden Revisionsreisen unternommen, an denen Verbraucher und Molkereifachleute teilnehmen. Allen Bestrebungen der Landkreise, die Ausfuhr von Milch nach Berlin einzuschränken, muß angesichts der Notlage Berlins energisch entgegengetreten werden.

Man darf die Hoffnung hegen, daß, wenn auch im Winter und Herbst nicht die vollen Milchmengen ausgegeben werden können, doch eine bessere Milchversorgung in Groß-Berlin erreicht werden wird als im vergangenen Winter. Allerdings ist durch die Kohlennot eine ernste Gefahr für die Milchversorgung zu befürchten. Durch eine schlechte Versorgung oder gar durch eine Stockung in der Belieferung der Molkereien mit Kohlen wird die nach Groß-Berlin kommende Milch so schlecht, daß sie zur Frischmilchversorgung nicht verwendet werden kann.

Was die Fettversorgung anbetrifft, so führte Oberregierungsrat Groth aus, daß mit der Aufhebung der Blockade auch eine Steigerung der Fettzuweisung eingetreten sei. Mehr Fett könne nicht zur Verteilung kommen, da die Grundlagen für die Fettversorgung sich nicht gebessert hätten. Der Rückgang der Milchproduktion sei naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die Buttererzeugung gewesen. Daher käme die mangelnde Buttererfassung im Inlande und der Schleichhandel. Im Auslande könne Butter nur in beschränktem Umfange beschafft werden. Dasselbe gelte für Schmalz. Schuld daran hätte nicht zuletzt das Fehlen von Devisen. Auch die Margarinezuteilung könne nicht verbessert werden. Es fehlte an Rohstoffen, an Kohlen für die Fabriken und schließlich an Transportmitteln. Außerdem sei die Margarine nicht haltbar, so daß nicht ein Vorrat gearbeitet werden könne. Der Vortragende schloß seine Ausführungen damit, daß an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht gedacht werden könne. Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage stehe zurzeit noch der Aufhebung der Zwangswirtschaft entgegen.

Groß-Berliner Lebensmittel. Von morgen ab wird auf die „I“- und „CH“-Kinderkarten je ein halber Liter Vollmilch ausgegeben. Die Ausgabe der Nährmittelkarten zu den Vollmilchkarten A I und A II findet erst am 3. September bei den Brotkommissionen statt. Für den Monat September können auf Abschnitt 45 der Süßstoffkarte H ein Brief und auf Abschnitt 46 zwei Briefe Süßstoff entnommen werden. Bis zum 30. August wird in den Brotkommissionsbezirken 154, 156, 157, 158, 186, 187, 198, 215, 233 und 237, und bis 31. August in den Brotkommissionsbezirken 147, 148 und 183 pro Kopf 250 Gramm Käse verabfolgt.

Die Vernehmung des Massenmörders Schumann.

Mordversuch an der Schwester.

Gegen den Massenmörder Schumann schwebt nach den weiteren Ermittelungen der Verdacht, daß er auch seine eigene Schwester aus Habsucht ermorden wollte. Vorher schon versuchte er, sie am Totenbett der Mutter um deren hinterlassene Barschaft zu bringen. Die alte Frau Schumann war längere Zeit krank und bettlägerig. Sie hatte die Angewohnheit, ein Portemonnaie mit mehreren hundert Mark unter ihr Kopfkissen zu legen. Dort lag es ständig auch während ihrer Krankheit. Ende Januar starb die Frau. An ihrem Lager hatten zuletzt die Tochter und deren Tante gewacht. Gleich nach dem Tode war das Portemonnaie unter dem Kopfkissen verschwunden. Das Mädchen stellte den Bruder zur Rede. Er gestand, daß er der sterbenden Mutter heimlich das Geld unter dem Kopfkissen weggenommen hatte, und gab es der Schwester zurück. Einige Wochen nach dem Tode der Frau hatte die Tochter morgens früh kurz nach 4 Uhr, während sie in der Stube auf dem Sofa schlief, plötzlich das Gefühl, als ob jemand an ihrem Lager stehe. Sie erwachte und sah, daß ihr Bruder mit einem Licht in der Hand, den Blick auf sie gerichtet, vor ihr stand. Als er sie erwachen sah, erfaßte er hastig, ging dann nach der Küche und fing an, abwechselnd zu schimpfen, zu singen und zu pfeifen. Die Schwester konnte nicht mehr einschlafen. Sie hörte dann, daß Schumann zur gewohnten Zeit das Haus verließ, um zur Arbeit zu gehen. Beim Verlassen der Wohnung atmete er tief auf und sprach für sich. Die Schwester erhob sich jetzt und verspürte einen Kohlendunstgeruch, der von der Küche her kam. Ihr Bruder hatte die Verbindungstür geöffnet. Die Küche war mit Dunst angefüllt. In der Maschine waren Preßkohlen angebrannt, die stark qualmten. Der Schieber der Maschine war geschlossen, die Ringe waren von der Feuerung bis auf den letzten heruntergenommen, so daß der Qualm unvermittelt in Küche und Stube eindringen mußte. Das Mädchen hatte sofort das Gefühl, daß ihr Bruder ihr nach dem Leben getrachtet habe, um den Nachlaß der Mutter in seinen Besitz zu bringen. Sie nahm sofort alle Sachen, die sie tragen konnte, zusammen und entfloh aus der Wohnung. Seitdem ist sie mit ihrem Bruder nur noch ein einziges Mal zusammengetroffen.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot. Das Wohnungsamt der Stadt Berlin wird, wie bei der großen Wohnungsnot nicht anders zu erwarten ist, mit Gesuchen und Anträgen zur Beschaffung von Wohnungen wahrhaft bestürmt. Nur wenigen Antragstellern kann geholfen werden, da die Anmeldungen freier Wohnungen sehr spärlich einlaufen. Gleichwohl hat das Wohnungsamt bisher 4300 Notwohnungen zur Verfügung stellen können. Falls nicht genügend freie Wohnungen zur Verfügung stehen, muß an das zwangsweise Einlegen von Mietern in große Wohnungen herangegangen werden. Die Stadt Berlin hat bereits vom Reichswohnungskommissar die Ermächtigung erhalten, diese Maßnahme durchzuführen. Es werden dann solche Teile von übergroßen Wohnungen, die sich ohne große bauliche Veränderungen abtrennen lassen, für obdachlose Personen zur Verfügung gestellt werden. Die Mietsverträge würden in solchen Fällen vom Mieteinigungsamt abgeschlossen werden. Es wird nochmals ein Aufruf ergehen, um den letzten Versuch zu machen, ohne Zwang Wohnungen zu erlangen. Wer sich freiwillig meldet, hat den Vorzug, sich seinen Mitmieter zu wählen. Um einem übergroßen Zuzug Ortsfremder nach Berlin vorzubeugen, soll angeordnet werden, daß alle Mietsverträge, die von solchen Personen ohne Genehmigung des Wohnungsamtes abgeschlossen werden, rechtsunwirksam sind. Es ist auch angeregt worden, die Schlösser für Wohnungen herzurichten. Die Prüfung der Schlösser durch Sachverständige hat ergeben, daß fast kein Schloß ohne Aufwendung sehr hoher Kosten überhaupt zu Wohnzwecken verwendet werden kann.

Einziehung der 50-Mark-Banknoten. Die Reichsbank wiederholt nochmals den Aufruf über die 50-Mark-Noten mit dem Datum vom 20. Oktober 1918. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 10. September 1919 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 10. September verliert die aufgerufene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Um jedem Irrtum vorzubeugen, wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Aufruf lediglich um die Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 20. Oktober 1918 handelt, die auf der Vorderseite links ein grünes Zierstück und rechts daneben den Aufdruck in einer quadratischen, dunkelbraunen Umrahmung tragen. Unberührt vom Aufruf bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine.

Ein Nachspiel zum Verkehrsstreik im März.

Ein anläßlich des Verkehrsstreiks auf offener Straße verübter Mord an einem Feldwebel der Sicherheitstruppe hatte gestern vor dem außerordentlichen Kriegsgericht am Landgericht I ein Nachspiel. Wegen Mordes und Aufruhrs war der 19jährige Hausdiener Hermann Scharre angeklagt. — Am 6. März d. J., anläßlich des ersten Straßenbahnerstreiks hatte sich auf dem Rosenthaler Platz eine zumeist aus unreifen jungen Burschen zusammengesetzte Menschenmenge angesammelt, die die Insassen der Notfuhrwerke sowie der Droschken zum Aussteigen zwang. Als eine aus drei Mann bestehende Patrouille der Sicherheitswehr erschien, wurde sie mit Zurufen und Pfeifen empfangen. Schließlich gab ein zu der Patrouille gehörender Feldwebel, als die Menge eine drohende Haltung annahm, mehrere Schreckschüsse ab. Plötzlich fielen auch aus der Menge heraus mehrere Schüsse und der Feldwebel sank tot zu Boden. Einige Tage später wurde der 15jährige Arbeitsbursche Otto Brauer unter dem Verdacht, sich an den Zusammenrottungen beteiligt zu haben, verhaftet. In seiner Vernehmung bestritt B. dies, erklärte aber dann plötzlich, er könne einen jungen Burschen der, wie er selbst gesehen habe, einen Feldwebel erschossen habe. Es sei dies der Weinbergsweg 6 wohnhafte Scharre. Dieser wurde festgenommen und legte ein Geständnis ab, daß ihm vier Matrosen, als die Sicherheitsleute schossen, eine Pistole gegeben haben, mit der er fünf Schüsse auf die Soldaten abgegeben habe. Dieses Geständnis wiederholte der Angeklagte bei mehreren anderen Vernehmungen. Erst gestern vor Gericht widerrief er seine Angaben und behauptete, er sei durch Mißhandlungen und Drohungen mit Erschießen zu seinem Geständnis gezwungen worden. Auch der 15jährige Zeuge Brauer, der bisher mit aller Bestimmtheit erklärt hatte, daß er genau gesehen habe, wie Scharre die tödlichen Schüsse abgegeben hatte, erklärte plötzlich, er könne sich auch irren. Er bestritt auf Vorhalt erst, daß von irgend einer Seite an ihn herangetreten sei, mußte dann aber zugeben, daß er mit dem Vater des Angeklagten Straßenbahn gefahren sei, dieser für ihn bezahlt und ihn ausgefragt habe. Das Gericht hielt die Vornahme weiterer Ermittelungen für notwendig und vertagte die Verhandlung.

Kommunalisierungspläne in Neukölln wurden in einer von der Deutschen demokratischen Partei, Ortsgruppe Neukölln, nach der Aula des Lyzeums, Berliner Straße, einberufenen Versammlung besprochen. Der Stadtverordnete Roß berichtete über die Aufgaben, die sich die demokratische Partei gegenüber den Sozialisierungsbestrebungen gestellt habe. Er faßte seine Ausführungen zusammen in folgenden Richtlinien: In der Oeffentlichkeit werden vielfach verwechselt und durcheinandergeworfen Kriegszwangswirtschaft, Monopolisierung und städtischer Regiebetrieb. Diese drei Arten sind voneinander zu scheiden und nach folgenden Grundsätzen zu behandeln: I. Kriegszwangswirtschaft. Diese ist aufs schleunigste abzubauen. II. Monopolisierung (die eigentliche Kommunalisierung). d. h. Uebernahme eines Zweiges des Wirtschaftslebens unter gesetzlicher Ausschaltung der freien Konkurrenz. Diese muß erfolgen, wenn es sich um monopolartige Unternehmen handelt, die in den Händen weniger Unternehmer liegen, die ihren Gewinn aus der Zwangslage der Bevölkerung ziehen, zum Beispiel Straßenbahn, Wasserwerke usw. III. Regiebetrieb, d. h. Uebernahme eines Zweiges des Wirtschaftslebens unter Beibehaltung der freien Konkurrenz. Dieser ist gebolen: a) falls soziale oder ideelle Gesichtspunkte dafür sprechen, zum Beispiel Badewesen, Bestattungswesen, b) falls durch den Regiebetrieb größere Mengen Güter oder bessere und billigere Güter erzeugt oder der Bevölkerung übermittelt werden können. c) falls gewisse der private Wirtschaftsbetrieb auferstande ist, in einem bestimmten Zweige des Wirtschaftslebens eine freie Tätigkeit zu entwickeln. Stets ist jedoch die finanzielle Seite in Betracht zu ziehen, damit nicht durch den Regiebetrieb der Allgemeinheit Lasten auferlegt werden, die in keinem Vergleich zu dem erzielten Erfolg stehen.

Sämtliche Redner der Debatte stimmten den Ausführungen des Referenten zu und bezeichneten es als höchst bedauerlich, daß gerade die Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden der demokratischen Partei immer noch zu wenig Interesse entgegenbrächten.

Der falsche Zahlmeister. Durch einen in Zahlmeisteruniform auftretenden Schwindler und seinen Helfershelfer, den jetzt wegen Betruges angeklagten arbeitslosen Hellmuth Fritz sind mehrere Zigarrenhändler um erhebliche Beträge geprellt worden. — Der Angeklagte, der widerrechtlich Unteroffizieruniform der Sicherheitswehr trug, trat im Mai d. J. an den Zigarrenhändler Conrad mit der Mitteilung heran, er könne durch einen Feldwebel des Reinhardt-Regiments „verschobene“ Zigaretten billig kaufen. Conrad wurde in ein Lokal in der Lüneburger Straße bestellt, wo auch schon der „Zahlmeister“ mit mehreren anderen Käufern saß, und als diese dem angeblichen Zahlmeister vor seinen Augen Beträge von mehreren Tausend Mark, wahrscheinlich sogenannte Blüten, aushändigten, schwanden seine Bedenken und er übergab ihm ebenfalls 6400 Mark. Der Herr Zahlmeister verschwand dann unter irgend einem Vor-

Demokratie, Schmutz und Arbeit.

Von

Alexander v. Gleichen-Russwurm.

Wir müssen uns vom Schlagwort und vom Schmutz befreien, den zwei gefährlichsten Erbstücken vom Krieg und der Revolution. „Also ist Krieg und Revolution tot, daß man sie beerben kann“, höre ich manchen versen. Tot sind sie leider noch nicht, aber doch so krank, daß man von ihrem Erbe füglich sprechen kann. Denn was will der Verelendung Deutschlands anders besagen als die Uebernahme dieses gefährlichen Erbes seitens der wenig Gesunden, die übriggeblieben sind, aus der Zeit von Not und Spalt. Was an diesem Erbe aber brauchbar und zukunftsreich ist, muß gereinigt werden vom Schmutz der Zeit und vom Gift des Schlagworts, das sich eingefressen hat in Wort und Schrift. Wir wissen gar nicht, wie gefährlich sie sind und welche Todesteime, sie in reichlicher Menge bergen. Auch das Wort „demokratisch“ muß davor behütet werden, daß man es als Schlagwort mißbraucht, und alle, die Demokraten in des Begriffs bester Bedeutung sein wollen, dürfen sich nicht durch Schlagworte irre machen lassen, den Schmutz aus der Politik und dem sozialen Leben restlos treffsem Besen hinauszufehren.

Also wieder Gewalt? Nachdem man die Gewalt des Krieges los geworden, die Gewalt einer pedantisch geregelten Ordnung? Nein, Gewalt nicht. Ordnung muß ohne Gewalt von innen heraus kommen, naturnotwendig wie Saat und Reife. Aber bevor sie kommen kann, sei der Schmutz entfernt und mit ihm alle jene Lumpensammler, die darin wühlen, unreine Geschäfte zu machen. Wir haben nicht geahnt, daß es soviel Schmutz gibt, wie ihn Krieg und Revolution erzeugten, leibhaftig und sinnbildlich. Werausdiesem Schmutz Dünger macht, wird zum Retter des Reichs, wer aber demokratisch denkt und handelt, trägt an sich zu diesem Werke bei.

Da tritt als eines der schlimmsten Schlagworte das Wohl der Gemeinheit auf. Wenn irgendwo Lebensmittel beschlagnahmt werden, zum Beispiel, dann heißt es „sie werden der Allgemeinheit zugeführt“. Verwaschener Begriff! Immer nur soviel einzelne haben den Vorteil, als eben damit gespeist werden konnten. Aber weder du noch ich, weder der Redakteur, der die Notiz bringt, noch der Leser, der sie liest, einige Bedürftige wahrscheinlich und einige Schieber jedenfalls. Doch immer nur einzelne. Von dieser Erkenntnis müssen wir ausgehen. Ein Allgemeinwohl entsteht nur auf Grundlage des Wohls möglichst vieler einzelner. Und die Aufgabe der Demokratie ist eben, den Kreis dieser möglichst vielen ständig zu erweitern.

Das kann aber weder durch Verteilung noch durch unsinnig gesteigerte Steuern geschehen, sondern nur durch Arbeit. Wenn jeder an seiner Stelle tätig ist, sich nicht vertreiben läßt durch Wichtigtuer oder Verbrecher und ohne Neid auf die Tätigkeit der anderen sieht, trotz sich der verschobene Staatsorganismus von selbst wieder ein. Wir müssen nur gesund werden wollen, dann werden wir's auch.

Kranke haben immer ein Gefühl der Unsicherheit, ihnen fehlt das Vertrauen auf die eigene Kraft. So geht es unserem gesamten Wirtschaftsleben, deshalb ist es Aufgabe der Führer, die Sicherheit wieder herzustellen; und der Dienst jedes einzelnen in dieser Sache von dem Standpunkt aus, wo er steht, ein Gefühl der Sicherheit zu verbreiten. Nur wer fest und sicher selbst im Leben steht, kann demokratisch wirken. Ein gesunder Egoismus leistet immer mehr als ein überspannter Altruismus. Wir haben in München und Budapest gesehen, daß durchaus edle Gedanken zum Verbrechertum führen, wenn sie ohne Lebenserfahrung in den Tag treten. Dann kommt Zwang statt Freiheit, Not statt allgemeinen Wohlbefindens. Vor Ideologen und Verbrechern sowie vor dem Gesindel, das ihnen nachläuft, hüte sich die Demokratie. Der Straßenpöbel ist nicht das Volk, und Furcht vor den Arbeitsscheuen ist Verrat am Vaterland ebenso wie die Arbeitsscheu selbst. Wir können alle dagegen helfen, wenn wir uns nicht mutlos von den Ereignissen treiben lassen. Die Revolution ist aus und läßt gesunden Zuständen Raum, wenn jeder, der demokratisch denkt, demokratisch handelt, das heißt in den ihm zugewiesenen Grenzen seine Arbeit tut und in seinem Einflußgebiet dafür sorgt, daß die anderen Gelegenheit finden, ihre Arbeit zu tun. Auch den Schmutz der Zeit wegzuräumen, ist Arbeit, und nicht die schlechteste!

Adele Sandrock im Kleinen Schauspielhause. Die „Büchse der Pandora“, Wedekinds Lulutragödie, die in schöner Abgeschiedenheit von dem Klimbim der Sommertheater, im Kleinen Schauspielhause in der Fasanenstraße seit Monaten ein interessiertes Publikum in Bann schlägt, hat eine teilweise Neubesetzung erfahren. Gertrud Eysoldt, die Reinhardt-Lulu, ist von Fräulein Ritter abgelöst worden, deren Kräfte dem Vulkanischen der Rolle zwar nicht immer voll gewachsen sind, der Figur in den großen Zügen aber gerecht werden und verschiedenen Details sogar eine selten talentvolle Tönung geben. Bedeutend ist, was Frau Sandrock als Fräulein Geschwitz gibt. Man brauchte nicht zu wissen, daß die Künstlerin schon bei der Wiener Uraufführung auf deutschen Bühnen gestanden hat, um die Beherrschheit der wuchtigen künstlerischen Leistung auf eine selten innige Verknüpftheit mit der schwierigen Rolle zurückzuführen. Vor diesem Spiel, (neben dem bereits anerkannten der Magnus Stifte, Otto Harold und Ernst Kohlbaum) wurde einem Bäckerdutzend von Zischlustigen seine Kleinheit bewußt.

Theaterchronik. Die vereinigten Bühnen Kleines Theater und Kleines Schauspielhaus unter der künstlerischen Leitung von Dr. Georg Altmann beginnen die neue Spielzeit am 1. September im Kleinen Theater mit der Wiedereinführung des Buffbilds „Kämmerlätzchen“ von Robert Overweg. Als erste Neuinszenierung folgt in der zweiten Septemberwoche Hermann Kessers Tragikomödie „Summa Summarum“. Das Kleine Schauspielhaus wird Mitte September mit „Krach“, der neuen Komödie von Harry Kahn, eröffnet.

Im Lessing-Theater schließt die Sommerspielzeit mit „Charleys Tante“ und Guido Thielscher am Sonntag, 31. August.

Im Schiller-Theater Charlottenburg wird heute (Donnerstag) als Erstaufführungsvorstellung der neuen Spielzeit Adlers Lustspiel „Der Bund der Jugend“ zum erstenmal aufgeführt.

„Der heilige Florian“ wurde am Dienstag im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater in der bekannten tüchtigen Besetzung unter andauerndem Beifall zum 99. Male gespielt. Am 31. August wird der „Florian“ Abschied nehmen.

Das Demonstrationskonzert der Beamten. Am Montag fand im Grün des Gartens einer der in der Hasenheide belegenen Brauereien das Konzert der Berliner Beamtenmusiker statt, das neben einem wohltätigen Zwecke den Beweis dafür erbringen sollte, daß die in Beamtenstellen befindlichen ehemaligen Militärmusiker keine ideelle Konkurrenz der berufsmäßigen Musiker zu fürchten brauchen. Der Beweis glückte auch. Von zwei Stellen aus konzertierten die gesondert für Infanterie- und Kavalleriemusik zusammengestellten Kapellen unter der energischen Leitung der Herren Rehbein, Schwirtz, Peterich, Schulze und Reel, mit einem anerkennenswerten schönen Erfolge. Man dürfte selten von Nichtberufsmusikern so ausgeglichene und fein abgetönte Leistungen gehört haben.